

# Deutsches und Europäisches Verfassungsrecht I

Sydow / Wittreck

3. Auflage 2022  
ISBN 978-3-406-79588-6  
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei  
[beck-shop.de](https://beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://beck-shop.de) für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Kurzlehrbücher  
für das juristische Studium

Sydow/Wittreck  
Deutsches und Europäisches Verfassungsrecht I

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Deutsches und Europäisches Verfassungsrecht I

## Prinzipien, Institutionen, Verfahren

Ein Studienbuch

von

**Dr. Gernot Sydow, M.A.**

und

**Dr. Fabian Wittreck**

beide Professoren an der Universität Münster

beck-shop.de  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

3. Auflage, 2022



Zitiervorschlag: Sydow/Wittreck, Dt.-EurVerfR I

# beck-shop.de

## DIE FACHBUCHHANDLUNG

**www.beck.de**

ISBN Print 978 3 406 79588 6

ISBN E-Book 978 3 406 79589 3

© 2022 Verlag C.H. Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH

Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH

Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar

  
chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

## Vorwort zur 3. Auflage

Diesem Lehrbuch über „Deutsches und Europäisches Verfassungsrecht“ liegt eine innovative Lehrkonzeption zu Grunde, die die juristische Fakultät der Universität Münster vor einigen Jahren erfolgreich etabliert hat: Die Prinzipien, Institutionen und Verfahren des deutschen und des europäischen Verfassungsrechts werden gemeinsam dargestellt.

Studierende können sich dadurch direkt am Beginn ihres Studiums mit einem Denken im verfassungsrechtlichen Mehrebenensystem vertraut machen, anstatt zunächst mehrere Semester primär nationales Recht zu studieren, wie es in der Regel noch üblich ist. Ein solcher Studienverlauf bildet aber die historischen Entwicklungsschritte der europäischen Integration didaktisch einfach nach, anstatt den heutigen Rechtsstand von Anfang an in das Zentrum des Studiums zu stellen.

Das Lehrbuch hat den Anspruch einer systematischen und integrierten Darstellung des deutschen und des europäischen Verfassungsrechts. Es besteht daher nicht aus zwei nur lose miteinander verbundenen Einzelteilen. Stattdessen werden die deutsche und die europäische Rechtslage weitgehend gemeinsam dargestellt, sodass Gemeinsamkeiten und Unterschiede im direkten Vergleich erkennbar und Doppelungen entbehrlich werden.

Themenauswahl und Gewichtung folgen der Examensrelevanz, die für das deutsche Verfassungsrecht insgesamt höher ist als für das Europarecht. Das Lehrbuch konzentriert sich auf verfassungstheoretische Grundlagen und in einem verfassungsdogmatischen Zugriff auf die zentralen Prinzipien, Institutionen und Verfahren. Im Mittelpunkt stehen die verfassungsrechtlichen Funktionen der Institutionen statt Einzelheiten von Kompetenzen und Verfahrensschritten. Durch diese Schwerpunktsetzung werden Studierende und Examenskandidaten entlastet.

Die Gesamtkonzeption des Lehrbuchs haben Fabian Wittreck und ich gemeinsam entwickelt. Von den einzelnen Kapiteln haben erarbeitet:

Gernot Sydow: Kapitel 1, 4, 5, 8, 10, 11, 15 und 16,

Fabian Wittreck: Kapitel 2, 3, 6, 7, 9, 12, 13, 14 und 17.

Fabian Wittreck führt seine Mitwirkung an diesem Lehrbuch nicht weiter fort, sondern hat unser gemeinsames Werk von nun an in meine Hände gelegt. Ich danke ihm sehr für die Zusammenarbeit in der Ausarbeitung dieses Lehrbuchs, für vorbereitende Aufgaben an der 3. Auflage und nun auch für die gemeinsame Entscheidung zu dessen Fortführung. Für die vorliegende Auflage sind seine Kapitel abschließend von mir bearbeitet und aktualisiert, im Wesentlichen aber in der von ihm konzipierten Form beibehalten worden.

Die freundliche Aufnahme dieses Lehrbuchs ermöglicht es, drei Jahre nach Erscheinen der Erstauflage bereits die 3. Auflage vorzulegen. Das Lehrbuch wird nach demselben integrativen Konzept durch eine Darstellung der Grundrechte und Grundfreiheiten (Deutsches und europäisches Verfassungsrecht II) von Niels Petersen ergänzt, die kürzlich in 2. Auflage erschienen ist. Als Ergänzung erscheint gleichzeitig mit der Neu-

auflage des Lehrbuchs eine Fallsammlung: Gernot Sydow, Fälle zum Europarecht, 1. Auflage 2022 (ebenfalls C. H. Beck).

Am Entstehen des Lehrbuchs haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Lehrstühle intensiv mitgewirkt, darunter viele Studierende, die das neue Lehrkonzept bereits aus ihren Vorlesungen und Arbeitsgemeinschaften kennen und ihre Erfahrungen und Erwartungen an ein modernes Lehrkonzept eingebracht haben. Mein Dank für die Mitwirkung an der 3. Auflage gilt Maike Herrlein, Fiene Kohn, Vera Kolb, Silvia Marx, Caroline Nacke, Jan Niklas Nottebom, Jan Niermann, Nicholas Otto, Felicitas Scholz, Pia Marie Siebert, Alban Spielkamp, Luise Teubner, Johanna Werpers, Lena Westphal, Beyza Nur Yeşilyurt Dur, Philipp Ziemons und Lara Zölck.

Das Manuskript der dritten Auflage dieses Lehrbuchs wurde am Gedenktag des Hl. Benedikt von Nursia abgeschlossen, den Papst Paul VI. mit dem Apostolischen Schreiben *Pacis nuntius* (Friedensbote) zum Schutzpatron Europas erklärt hat.

Münster, am 11. Juli 2022

*Gernot Sydow*

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Inhaltsübersicht

Vorwort zur 3. Auflage .....	V
Inhaltsverzeichnis .....	IX
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIX
<b>Teil 1. Verfassung</b> .....	1
Kapitel 1. Bezugspunkte des Verfassungsrechts .....	1
Kapitel 2. Verfassunggebende Gewalt und Verfassunggebung .....	30
Kapitel 3. Charakteristika des Verfassungsrechts .....	49
Kapitel 4. Verhältnis von deutschem und europäischem Recht .....	65
<b>Teil 2. Prinzipien</b> .....	102
Kapitel 5. Demokratie .....	102
Kapitel 6. Rechtsstaat .....	136
Kapitel 7. Bundesstaat, Sozialstaat, Republik, Säkularität .....	150
Kapitel 8. Staatsaufgaben, Staatszielbestimmungen und Ziele der EU ..	165
<b>Teil 3. Institutionen</b> .....	175
Kapitel 9. Parlamente .....	175
Kapitel 10. Gubernative Organe mit Gesetzgebungsfunktionen .....	217
Kapitel 11. Organe der Exekutive .....	231
Kapitel 12. Gerichte .....	267
Kapitel 13. Parteien als „am Verfassungsleben beteiligte Organe“ .....	286
<b>Teil 4. Verfahren</b> .....	307
Kapitel 14. Verfassungsänderung .....	307
Kapitel 15. Rechtsetzung .....	322
Kapitel 16. Verwaltung .....	383
Kapitel 17. Rechtsprechung .....	410
Sachverzeichnis .....	447

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 3. Auflage .....	V
Inhaltsübersicht .....	VII
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIX

## **Teil 1. Verfassung** .....

1

### **Kapitel 1. Bezugspunkte des Verfassungsrechts** .....

1

A. Zugriffsweisen auf das Verfassungsrecht: Verfassungsdogmatik und Verfassungstheorie .....	1
B. Verfassungsbegriffe und Verfassungsfunktionen .....	4
I. Verfassung im formellen und im materiellen Sinn .....	4
1. Verfassung im formellen Sinn .....	4
2. Leistungsfähigkeit und Grenzen des formellen Verfassungsbegriffs .....	5
a) Inkorporationstechniken .....	5
b) Hypertextstruktur .....	6
3. Verfassung im materiellen Sinn .....	6
II. Funktionen der Verfassung .....	7
1. Verfassung als Organisationsstatut .....	8
2. Verfassung als Instrument der Herrschaftsbegründung, Herrschaftslegitimation und Herrschaftsbegrenzung .....	8
3. Programmatische Verfassung: Verfassung als Werteordnung .....	9
III. Folgen unterschiedlicher Verfassungsfunktionen für das Verhältnis von Verfassung und einfachem Recht .....	10
C. Verfassung und Staat .....	13
I. Verhältnis von Staat und Verfassung .....	13
1. Historische Perspektive .....	13
2. Rechtstheoretische Perspektive .....	13
3. Folgerungen für den Staatsbegriff .....	14
II. Bedeutung der Unterscheidung von Staat und Gesellschaft für die Verfassungsfunktionen .....	15
III. Verknüpfung von Verfassungsidee, Demokratie und Volkssouveränität .....	16
D. Verfassung und Europäische Union .....	17
I. Kategorisierungsversuche für die Europäische Union .....	17
1. Bundesstaat und Staatenbund als Kategorien des 19. Jahrhunderts .....	17
2. Die Europäische Union als Staatenverbund oder Verfassungsverbund .....	18
3. Die Europäische Union als Netzwerk oder als Mehrebenenorganisation .....	19
II. Aspekte der europäischen Verfassungsfrage .....	20
III. Beurteilungskriterien .....	21
1. Terminologisch: fehlende offizielle Verfassungsterminologie .....	21

2. Formal: Vertragscharakter, Vorrang und Änderungsfestigkeit der Unionsverträge .....	22
a) Vertragscharakter des Primärrechts .....	22
b) Normhierarchischer Vorrang des Primärrechts .....	24
c) Erschwerte Abänderbarkeit des Primärrechts .....	24
3. Funktional: Verfassungsfunktionen der Unionsverträge für die Europäischen Union .....	24
4. Materiell: Die Unionsverträge als <i>contrat social</i> zwischen den Unionsbürgerinnen und -bürgern .....	25
IV. Ergebnis: Die Unionsverträge als Verfassung der Europäischen Union .....	26
E. Klausurhinweise .....	26
I. Klausurrelevante Themen und Fragestellungen .....	26
II. Aufbauhinweise .....	27
III. Prüfschemata .....	28
<b>Kapitel 2. Verfassunggebende Gewalt und Verfassungsgebung .....</b>	<b>30</b>
A. Verfassungstheoretische Grundbegriffe .....	31
I. Souveränität .....	31
II. Grundbegriffe: pouvoir constituant und pouvoirs constitués ..	32
III. Das Staatsvolk als verfasste Gewalt .....	33
IV. Staatsangehörigkeit und Unionsbürgerschaft .....	33
1. Staatsangehörigkeit als Zugehörigkeitstitel .....	33
2. Staatsangehörigkeit unter dem Grundgesetz .....	34
3. Die Unionsbürgerschaft .....	35
B. Das Grundgesetz als Verfassung der Bundesrepublik Deutschland ..	36
I. Erlass und Legitimationsgrundlagen des Grundgesetzes 1949 ..	37
II. Das Grundgesetz als gesamtdeutsche Verfassung .....	40
III. Art. 146 GG .....	40
C. Die Verträge der Europäischen Union als Verfassungsrecht der Europäischen Union .....	41
I. Vertragliche Grundlagen .....	42
1. Gründungsverträge und deren Zielsetzung .....	42
2. EUV, AEUV und Grundrechte-Charta als geltendes Unionsverfassungsrecht .....	44
II. Konzeptionelles Grundverständnis .....	45
1. Die Mitgliedstaaten als „Herren der Verträge“ .....	45
2. Die Europäische Union als autonome Rechtsordnung ....	46
III. Beitritt zur Union (Art. 49 EUV) .....	46
IV. Möglichkeit des Austritts aus der Union (Art. 50 EUV) .....	47
D. Klausurhinweise .....	47
<b>Kapitel 3. Charakteristika des Verfassungsrechts .....</b>	<b>49</b>
A. Normativität der Verfassung .....	49
I. Verfassungsrecht als unmittelbar geltendes Recht .....	49
II. Rechtstheoretische Unterscheidung von Regeln und Prinzipien	51
III. Präambeln .....	52

1. Normativität der Präambel des Grundgesetzes . . . . .	52
2. Normativität der Präambeln der Verträge der Union . . . . .	53
3. Insbesondere: Der „Präambelgott“ . . . . .	53
B. Vorrang des Verfassungsrechts . . . . .	54
I. Normenhierarchie im nationalen Recht . . . . .	54
1. Geltungsvorrang der Verfassung vor dem einfachen Recht . . . . .	55
2. Anwendungsvorrang des einfachen Rechts vor der Verfassung . . . . .	56
3. Verfassungskonforme Auslegung des einfachen Rechts . . . . .	57
II. Europäisches Primär- und Sekundärrecht . . . . .	59
C. Methoden der Verfassungsinterpretation . . . . .	60
I. Auslegung des Grundgesetzes . . . . .	60
II. Auslegung des europäischen Primärrechts . . . . .	62
D. Klausurhinweise . . . . .	64

**Kapitel 4. Verhältnis von deutschem und europäischem Recht . . . . . 65**

A. Einführung . . . . .	65
I. Themen und Fragestellungen . . . . .	65
II. Ausgangspunkte . . . . .	66
III. Gründe für die Komplexität des Verhältnisses von deutschem und europäischem Recht . . . . .	68
B. Das Verhältnis zum nationalen Recht aus der Perspektive des Unionsrechts . . . . .	68
I. Verpflichtung der Mitgliedstaaten auf die Werte der Union . . . . .	68
1. Unionsverfassungsrechtliche Grundlage, Art. 2 EUV . . . . .	68
2. Sanktionsmechanismen bei Rechtsstaatsdefiziten . . . . .	69
a) Politische und justizielle Sanktionsmechanismen . . . . .	69
b) Fiskalische Durchsetzung von Rechtsstaatsanforderungen . . . . .	70
II. Unmittelbare Anwendbarkeit und Anwendungsvorrang des Europarechts . . . . .	71
1. Begründungsansatz: Das Unionsrecht als autonome Rechtsordnung . . . . .	71
2. Unmittelbare Anwendbarkeit des Unionsrechts . . . . .	72
a) Unmittelbare Anwendbarkeit des Primärrechts . . . . .	72
b) Unmittelbare Anwendbarkeit von Verordnungen . . . . .	73
c) Umsetzungsbedürftigkeit von Richtlinien . . . . .	74
d) Unmittelbare Wirkung von Richtlinien in Ausnahmefällen . . . . .	75
3. Anwendungsvorrang des Unionsrechts . . . . .	76
a) Teleologische Begründung der Vorrangdoktrin durch den EuGH . . . . .	76
b) Beschränkung der Vorrangdoktrin auf Anwendungsvorrang . . . . .	77
c) Vertiefung: Unterscheidung von Anwendungs- und Geltungsvorrang . . . . .	77

4. Positivierungsansätze für die Lehre vom Anwendungsvorrang . . . . .	79
5. Verhältnis von Anwendungsvorrang und Sperrwirkung der Kompetenzen der Europäischen Union . . . . .	80
C. Das Integrationsverfassungsrecht des Grundgesetzes . . . . .	80
I. Integrationsauftrag: Staatsziel Europäische Union . . . . .	80
II. Integrationsvoraussetzung: Strukturparallelität der Europäischen Union zum Grundgesetz . . . . .	81
III. Integrationsverfahren zur Übertragung von Hoheitsrechten an die Europäische Union . . . . .	81
1. Bundeskompetenz für den Vertragsabschluss . . . . .	82
2. Erfordernis eines Vertragsgesetzes . . . . .	82
a) Funktionen des Vertragsgesetzes . . . . .	82
b) Erforderlichkeit eines Vertragsgesetzes . . . . .	83
c) Qualifizierte Mehrheitserfordernisse für Vertragsgesetze . . . . .	84
3. Materielle Bindungen bei der Übertragung von Hoheitsrechten an die Europäischen Union . . . . .	85
IV. Unmittelbare Anwendbarkeit und Anwendungsvorrang des Unionsrechts aus der Perspektive des Grundgesetzes . . . . .	86
1. Erfordernis eines Rechtsanwendungsbefehls für die innerstaatliche Anwendbarkeit . . . . .	86
2. Innerstaatlicher Rang des Unionsrechts: grundsätzliche Akzeptanz des Anwendungsvorrangs . . . . .	87
3. Grenzen des unionsrechtlichen Anwendungsvorrangs im deutschen Recht . . . . .	88
a) Verfassungsrechtliche Grundlagen für Begrenzungen des unionsrechtlichen Anwendungsvorrangs . . . . .	88
b) Grundrechtsvorbehalt ( <i>Solange</i> -Rechtsprechung) . . . . .	90
c) Kompetenzvorbehalt ( <i>ultra-vires</i> -Kontrolle) . . . . .	91
d) Identitätskontrolle . . . . .	92
e) Verhältnis der Kontrollvorbehalte des Bundesverfassungsgerichts untereinander . . . . .	93
V. Vereinbarkeit der Kontrollansprüche des Bundesverfassungsgerichts mit dem Unionsrecht . . . . .	93
1. Inhaltliche Vereinbarkeit nationaler Kontrollvorbehalte mit Unionsrecht . . . . .	93
2. Prozeduralisierung des Konflikts: Das „Kooperationsverhältnis“ von Bundesverfassungsgericht und EuGH . . . . .	94
D. Vertiefung . . . . .	97
I. Akteurszentrierte Betrachtung: Der Streit über den Anwendungsvorrang als gerichtlicher Kompetenzkonflikt . . . . .	97
II. Politische Wirkungen: Grundrechts- und Demokratiefortschritte durch gerichtliche Renitenz . . . . .	98
III. Verfassungstheorie: Möglichkeiten einer heterarchischen Rechtsquellenlehre . . . . .	99
E. Klausurhinweise . . . . .	100

<b>Teil 2. Prinzipien</b> .....	102
<b>Kapitel 5. Demokratie</b> .....	102
A. Demokratie als Herrschaftsform .....	102
I. Kernprinzipien der westlichen Demokratiekonzeption .....	102
II. Das Prinzip der repräsentativen Demokratie .....	104
1. Der Repräsentationsgedanke .....	104
2. Unterscheidung von Repräsentation und soziologischer Repräsentativität .....	105
3. Vergleich von repräsentativer und direkter Demokratie ...	106
III. Rechtfertigung und Grenzen des Mehrheitsprinzips .....	107
1. Rechtfertigung des Mehrheitsprinzips .....	107
2. Funktionen der Opposition im parlamentarischen Regierungssystem .....	108
3. Verfassungsrechtliche Grenzen des Mehrheitsprinzips ...	109
a) Funktionen verfassungsrechtlicher Grenzen des Mehrheitsprinzips .....	109
b) Instrumente zur Begrenzung des Mehrheitsprinzips ...	110
IV. Verhältnis von Demokratieprinzip und Rechtsstaatlichkeit ...	110
1. Verhältnis in funktionaler Perspektive .....	110
2. Verhältnis in historischer Perspektive .....	111
a) Demokratie und Rechtsstaat in Deutschland .....	111
b) Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit im Prozess der europäischen Integration. ....	111
B. Die Demokratiekonzeption des Grundgesetzes .....	112
I. Konsequente Entscheidung für eine repräsentative Demokratie	112
1. Ebene des Bundes .....	112
2. Ebene der Bundesländer .....	113
II. Anforderungen an die demokratische Legitimation aller Staatsgewalt .....	113
1. Parlamentswahlen und Parlament als zentrale Legitimationsmittler .....	113
2. Legitimationsstränge: institutionelle, personelle und sachliche Legitimation .....	114
a) Grundformen demokratischer Legitimation .....	114
b) Komplementarität der Legitimationsstränge .....	115
3. Erfordernis ununterbrochener Legitimationsketten .....	116
a) Entstehung von Legitimationsketten über das Parlament	116
b) Verbot des Dazwischentreitens anderer Entscheidungssträger .....	116
c) Verbot ministerialfreier Räume .....	118
III. Kritik an der Einseitigkeit dieses Legitimationsmodells .....	118
1. Historische Bedingtheiten dieses Legitimationsmodells ...	118
2. Alternative Legitimationsmodi .....	119
3. Vermittelnde Auffassungen: Komplementarität unterschiedlicher Legitimationsmodi .....	120
IV. Subjektivierung des Demokratieprinzips .....	120
C. Demokratische Legitimation der Europäischen Union .....	122

I.	Das Gebot demokratischer Verfasstheit der Europäischen Union .....	122
II.	Strukturprobleme supranationaler demokratischer Legitimation .....	122
III.	Parlamentarische Legitimation der Europäischen Union .....	124
1.	Dualistisches Legitimationskonzept .....	124
2.	Staatsvölker und Unionsbürgerinnen und -bürger als eigenständige Legitimationssubjekte für die Europäische Union .....	124
3.	Vermittlungswege parlamentarischer Legitimation .....	126
a)	Legitimation über das Parlament der Europäischen Union .....	126
b)	Legitimation der Europäischen Union über die mitgliedstaatlichen Parlamente .....	127
IV.	Alternative und ergänzende Legitimationskonzeptionen für die Europäische Union .....	127
1.	Ansatzpunkte .....	127
2.	Transparenz und Dialog .....	128
3.	Formen direkter Demokratie auf europäischer Ebene .....	129
4.	Legitimation der Europäischen Union durch <i>output</i> -Legitimation? .....	130
D.	Demokratie als Integrationschranke oder Integrationsgebot .....	131
I.	Demokratie als Schranke der europäischen Integration .....	132
II.	Demokratie als Integrationsgebot .....	133
E.	Klausurhinweise .....	134
<b>Kapitel 6.</b>	<b>Rechtsstaat</b> .....	136
A.	Gewaltenteilung .....	137
I.	Verschränkung der Gewalten unter dem Grundgesetz .....	138
II.	Gebot des institutionellen Gleichgewichts der Institutionen der Union .....	140
B.	Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes .....	141
I.	Vorrang des Gesetzes .....	141
II.	Vorbehalt(e) des Gesetzes .....	142
C.	Rechtssicherheit .....	144
I.	Rechtsklarheit .....	144
II.	Rückwirkungsverbot .....	145
D.	Verhältnismäßigkeit .....	146
E.	Die Europäische Union als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts .....	148
F.	Klausurhinweise .....	149

**Kapitel 7. Bundesstaat, Sozialstaat, Republik, Säkularität** ..... 150

- A. Bundesstaat ..... 150
  - I. Verfassungsautonomie der Länder und Homogenitätsgebot ... 151
  - II. Die Bundestreue ..... 153
  - III. Unitarisierung vs. Wettbewerbsföderalismus ..... 155
  - IV. Neugliederung (Art. 29 GG) ..... 156
- B. Sozialstaat ..... 156
  - I. Materieller Gehalt ..... 157
  - II. Bindungs- und Rechtswirkung ..... 158
  - III. Die Europäische Union als soziale Union ..... 158
- C. Republik ..... 159
  - I. Formelles Republikverständnis ..... 159
  - II. Materielle Gehalte des Republikprinzips? ..... 159
- D. Säkularität staatlicher Gewalt ..... 160
- E. Klausurhinweise ..... 164

**Kapitel 8. Staatsaufgaben, Staatszielbestimmungen und Ziele der EU** ..... 165

- A. Unterscheidung von Staatszielbestimmungen, Staatsaufgaben und Zielen der Union ..... 165
- B. Staatsaufgaben ..... 166
  - I. Staatsaufgabenlehren ..... 166
  - II. Verfassungsrechtliche Determinanten für Staatsaufgaben ..... 166
    - 1. Staatliche Omnipotenz ..... 166
    - 2. Verfassungsrechtliche Grenzen für die Begründung von Staatsaufgaben ..... 167
    - 3. Verfassungsrechtliche Pflichten zur Erfüllung bestimmter Mindestaufgaben ..... 167
    - 4. Kernbestand an Staatsaufgaben als Grenze der europäischen Integration? ..... 167
- C. Staatszielbestimmungen ..... 168
  - I. Bindungswirkung von Staatszielbestimmungen ..... 168
  - II. Einzelne Staatszielbestimmungen ..... 169
    - 1. Staatszielbestimmungen im Grundgesetz ..... 169
      - a) Umwelt- und Tierschutz (Art. 20a GG) ..... 169
      - b) Frieden und europäische Integration ..... 170
      - c) Gebot der Frauenförderung ..... 170
    - 2. Staatszielbestimmungen in den Landesverfassungen ..... 171
- D. Ziele und Finalität der Europäischen Union ..... 171
  - I. Das Friedensziel als Gründungsmotiv ..... 171
  - II. Wirtschafts- und finanzpolitische Ziele ..... 171
    - 1. Binnenmarkt (Art. 3 Abs. 3 UAbs. 1 EUV) ..... 171
    - 2. Wirtschafts- und Währungsunion (Art. 3 Abs. 4 EUV) ... 172
  - III. Rechtsstaatliche und sozialpolitische Ziele ..... 172
  - IV. Finalität der Europäischen Union: Ziel einer immer engeren Union? ..... 173
- E. Klausurhinweise ..... 173

<b>Teil 3. Institutionen</b> .....	175
<b>Kapitel 9. Parlamente</b> .....	175
A. Funktionen und Kompetenzen von Deutschem Bundestag und Europäischem Parlament .....	175
I. Repräsentation .....	176
II. Wahl und Kreation .....	177
1. Wahl- und Kurationsrechte des Bundestags .....	177
2. Wahl- und Kurationsrechte des Europäischen Parlaments ..	178
III. Gesetzgebung .....	180
IV. Budgetrecht .....	181
1. Bundestag .....	181
2. Europäisches Parlament .....	181
V. Kontrolle .....	181
1. Instrumente parlamentarischer Kontrolle der Exekutive ...	182
2. Untersuchungsrecht .....	183
VI. Mitwirkung des Bundestages in Angelegenheiten der Europäischen Union .....	184
B. Parlamentswahlen .....	186
I. Wahlen zum Deutschen Bundestag .....	186
1. Wahlrechtsgrundsätze .....	186
a) Allgemeinheit .....	187
b) Unmittelbarkeit .....	187
c) Freiheit .....	188
d) Gleichheit .....	188
e) Geheimheit .....	190
f) Öffentlichkeit .....	190
g) „Grundrecht auf Demokratie“ .....	190
2. Wahlsystem .....	191
II. Wahlen zum Europäischen Parlament .....	192
1. Sitzverteilung nach ponderiertem Schlüssel .....	192
2. Wahlberechtigung von Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern .....	194
C. Auflösungsrecht .....	195
I. Deutscher Bundestag .....	195
II. Europäisches Parlament .....	197
D. Struktur und Arbeitsweise der Parlamente .....	197
I. Struktur und Arbeitsweise des Bundestages .....	197
1. Legislaturperiode und Diskontinuität .....	197
2. Geschäftsordnung .....	198
3. Abgeordnetenrechte .....	199
a) Gegenrechte .....	203
b) Immunität und Indemnität (Art. 46 GG) .....	203
c) Zeugnisverweigerungsrecht und Beschlagnahmeverbot (Art. 47 GG) .....	205
d) Die Rechte nach Art. 48 GG .....	206
e) Rechtsschutz des Abgeordneten .....	209
4. Fraktionen .....	209

5. Ausschüsse .....	211
6. Präsidium und Ältestenrat .....	213
II. Struktur und Arbeitsweise des Europäischen Parlaments .....	214
E. Klausurhinweise .....	215
<b>Kapitel 10. Gubernative Organe mit Gesetzgebungsfunktionen .....</b>	<b>217</b>
A. Bundesrat und Rat der Europäischen Union als Ausdruck von Gewalten- und Ebenenverschränkungen .....	217
I. Strukturelle Gemeinsamkeiten zwischen Bundesrat und Rat der Europäischen Union .....	217
II. Zielsetzung und Gründe der Gewalten- und Ebenenverschränkungen .....	219
III. Folgen und Gegenstrategien .....	219
B. Bundesrat .....	220
I. Besetzung .....	220
II. Funktion im Rahmen des Gewaltenteilungskonzepts .....	221
III. Kompetenzen des Bundesrats .....	222
1. Mitwirkung an der Bundesgesetzgebung .....	222
2. Mitwirkung an der Verwaltung des Bundes .....	223
3. Mitwirkung in Angelegenheiten der Europäischen Union (Art. 23 Abs. 4–6 GG) .....	223
IV. Arbeitsweise des Bundesrats .....	223
1. Geschäftsordnung .....	223
2. Abstimmungsmodalitäten .....	223
C. Rat der Europäischen Union .....	224
I. Bezeichnung .....	224
II. Organisation des Rates .....	225
1. Zusammensetzung und Vorsitz .....	225
2. Ratsformationen in Abhängigkeit von der behandelten Materie .....	225
3. Landesministerinnen und Landesminister als deutsche Vertreterinnen und Vertreter im Rat .....	225
III. Kompetenzen des Rates .....	227
IV. Arbeitsweise, Verfahren und Beschlussfassung .....	227
1. Tagungen des Rates .....	227
2. Vorbereitungs- und Unterstützungsgremien .....	228
3. Beschlussmehrheiten .....	228
D. Klausurhinweise .....	229
I. Klausurrelevante Themen und Fragestellungen .....	229
II. Aufbauhinweise .....	230
<b>Kapitel 11. Organe der Exekutive .....</b>	<b>231</b>
A. Probleme einer Definition der Exekutive .....	231
B. Bundespräsidentin bzw. Bundespräsident .....	233
I. Stellung, Funktion und Kompetenzen .....	233
1. Stellung und Funktion .....	233
2. Kompetenzen .....	234

3.	Kompetenzausübung: gebundene Entscheidungen, Ermessen, Prüfungsrechte . . . . .	235
a)	Rechtlich gebundene Handlungspflichten . . . . .	235
b)	Formelles Prüfungsrecht in Bezug auf Bundesgesetze . .	235
c)	Materielles Prüfungsrecht in Bezug auf Bundesgesetze . .	236
d)	Prüfungsrecht am Maßstab des Unionsrechts . . . . .	236
4.	Kompetenzausübung: Gegenzeichnungspflicht . . . . .	237
II.	Wahl durch die Bundesversammlung . . . . .	238
III.	Vertretung der Bundespräsidentin bzw. des Bundespräsidenten	239
IV.	Präsidentenanklage . . . . .	240
C.	Bundesregierung . . . . .	240
I.	Rechtsgrundlagen . . . . .	240
1.	Grundgesetz . . . . .	240
2.	Gesetze über die Rechtsverhältnisse der Bundesministerinnen und Bundesminister und der Parlamentarischen Staatssekretärinnen und Staatssekretäre	240
3.	GeschO der Bundesregierung . . . . .	241
4.	Koalitionsvereinbarungen . . . . .	241
II.	Stellung, Funktion und Kompetenzen . . . . .	242
1.	Stellung und Funktion . . . . .	242
2.	Kompetenzen . . . . .	243
3.	Pflicht zur Neutralität bei regierungsamtlichen Äußerungen	243
III.	Bestellung der Bundesregierung und Beendigung der Amtszeit	245
1.	Grundsätze . . . . .	245
2.	Wahl und Ernennung der Bundeskanzlerin bzw. des Bundeskanzlers . . . . .	245
3.	Ernennung der Bundesministerinnen und Bundesminister	246
4.	Misstrauensvotum . . . . .	247
5.	Vertrauensfrage . . . . .	248
6.	„Unechte“ Vertrauensfrage . . . . .	248
7.	Kommissarische Weiterführung der Geschäfte . . . . .	250
IV.	Struktur und Arbeitsweise der Bundesregierung . . . . .	251
1.	Struktur der Bundesregierung und Organisationskompetenz der Bundeskanzlerin bzw. des Bundeskanzlers . . . . .	251
2.	Arbeitsweise: Richtlinienkompetenz der Bundeskanzlerin bzw. des Bundeskanzlers, Ressortprinzip, Kollegialprinzip . .	252
a)	Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers . . . . .	252
b)	Ressortprinzip . . . . .	253
c)	Kollegialentscheidungen der Bundesregierung . . . . .	253
3.	Auskunftspflichten der Bundesregierung gegenüber dem Parlament . . . . .	254
4.	Öffentlichkeitsarbeit/Warnungen . . . . .	255
D.	Europäischer Rat . . . . .	255
I.	Stellung, Funktion und Kompetenzen . . . . .	255
1.	Stellung im Institutionengefüge der Europäischen Union . .	255
2.	Funktionen . . . . .	255
3.	Kompetenzen . . . . .	256

II.	Zusammensetzung . . . . .	256
1.	Staats- und Regierungschefinnen und -chefs . . . . .	256
2.	Präsidentin bzw. Präsident des Europäischen Rates . . . . .	257
III.	Arbeitsweise . . . . .	257
E.	Europäische Kommission . . . . .	258
I.	Stellung, Funktionen und Kompetenzen . . . . .	258
1.	Stellung und Funktionen . . . . .	258
2.	Kompetenzen . . . . .	259
II.	Struktur, Bestellung, Absetzung . . . . .	260
1.	Struktur der Kommission . . . . .	260
2.	Wahl der Kommissionspräsidentin bzw. des Kommissionspräsidenten . . . . .	260
3.	Ernennung der Kommissarinnen und Kommissare . . . . .	261
4.	Misstrauensantrag gegen die Kommission (Art. 17 Abs. 8 EUV, Art. 234 AEUV) . . . . .	261
III.	Arbeitsweise der Kommission . . . . .	262
1.	Arbeitsweise des Kollegiums der Kommissarinnen und Kommissare . . . . .	262
2.	Generaldirektionen und Externalisierung von Verwaltungsaufgaben . . . . .	262
F.	Weitere Exekutivorgane . . . . .	262
I.	Zentralbanken . . . . .	263
II.	Hohe Vertreterin bzw. hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik . . . . .	263
III.	Reformperspektive: Europäische Wirtschaftsregierung und Europäischer Finanzminister? . . . . .	264
G.	Klausurhinweise . . . . .	264
I.	Klausurrelevante Themen und Fragestellungen . . . . .	264
II.	Aufbauhinweise . . . . .	265
III.	Prüfungsschema . . . . .	266
<b>Kapitel 12.</b>	<b>Gerichte . . . . .</b>	<b>267</b>
A.	Struktur der deutschen Gerichtsbarkeit . . . . .	267
I.	Das Bundesverfassungsgericht . . . . .	268
1.	Rechtsquellen . . . . .	268
2.	Status und institutionelle Ausgestaltung . . . . .	268
3.	Landesverfassungsgerichte . . . . .	269
II.	Fachgerichtsbarkeiten . . . . .	270
B.	Struktur der europäischen Gerichtsbarkeit . . . . .	272
I.	Unionsgerichte . . . . .	272
II.	Funktion des Europäischen Gerichtshofs im Prozess der europäischen Integration . . . . .	274
C.	Bestellung und Rechtsstellung der Richter . . . . .	275
I.	Wahl der Richter des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	276
II.	Bestellung der Richter des Europäischen Gerichtshofes . . . . .	278
III.	Bestellung der Richter der Fachgerichtsbarkeiten . . . . .	279
IV.	Garantien richterlicher Unabhängigkeit . . . . .	280

1. Das Konzept richterlicher Unabhängigkeit .....	280
2. Richterliche Unabhängigkeit unter dem Grundgesetz ....	281
a) Sachliche Unabhängigkeit .....	282
b) Persönliche Unabhängigkeit .....	283
c) Institutionelle Sicherungen der Unabhängigkeit .....	283
3. Richterliche Unabhängigkeit im Unionsrecht .....	284
D. Klausurhinweise .....	285
<b>Kapitel 13. Parteien als „am Verfassungsleben beteiligte Organe“ ..</b>	<b>286</b>
A. Begriff und Funktion von Parteien .....	286
I. Funktion .....	286
II. Parteibegriff .....	287
B. Verfassungsrechtliche Stellung unter dem Grundgesetz .....	289
I. Innere Ordnung .....	290
1. Demokratische Grundsätze .....	290
2. Parteiinterne Wahlen und Abstimmungen .....	290
3. Parteimitgliedschaft und – insbesondere – ihre Beendigung .....	292
4. Parteigerichtsbarkeit .....	293
II. Freiheit und Gleichheit .....	294
1. Freiheit .....	294
2. Gleichheit .....	294
III. Parteienfinanzierung .....	295
IV. Parteiverbot .....	297
1. Parteiverbotsverfahren .....	297
2. Das Parteiverbot als Ausdruck „wehrhafter Demokratie“ ..	297
3. Die Verbotsvoraussetzungen .....	298
a) Freiheitliche demokratische Grundordnung .....	298
b) Partei .....	299
c) Ziele .....	299
d) Verhalten der Anhängerinnen und Anhänger .....	299
e) Beseitigung/Beeinträchtigung .....	299
f) Darauf Ausgehen .....	300
g) Potentialität .....	300
4. Das Verbotsverfahren .....	300
5. Folgen des Verbots .....	301
6. Das Verfahren zum „Abgraben“ der finanziellen Mittel ...	301
7. Das „Verbotsprivileg“ .....	301
V. Rechtsschutz der Parteien .....	302
1. Organstreitverfahren .....	302
2. Verfassungsbeschwerde .....	303
3. Nichtanerkennungsbeschwerde .....	303
C. Verfassungsrechtliche Stellung der Parteien auf europäischer Ebene	304
D. Klausurhinweise .....	305

<b>Teil 4. Verfahren</b> .....	307
<b>Kapitel 14. Verfassungsänderung</b> .....	307
A. Änderung des Grundgesetzes .....	307
I. Verfahren der Verfassungsänderung .....	308
1. Textänderungsgebot (Art. 79 Abs. 1 S. 1 GG) .....	308
2. Zweidrittelmehrheit (Art. 79 Abs. 2 GG) .....	309
II. Materielle Grenzen der Verfassungsänderung (Art. 79 Abs. 3 GG) .....	310
III. Widerstandsrecht (Art. 20 Abs. 4 GG) .....	313
1. Standort und dogmatische Einordnung .....	313
2. Funktionen .....	313
a) Symbolische Funktion .....	313
b) Rechtfertigungs- und Restitutionsfunktion .....	314
3. Einzelfragen .....	314
4. Widerstandsrecht im Unionsrecht? .....	315
B. Änderung der EU-Verträge .....	315
I. Vertragsänderungsverfahren (Art. 48 EUV) .....	315
1. Ordentliches Änderungsverfahren (Art. 48 Abs. 2–5 EUV) .....	315
2. Vereinfachte Änderungsverfahren (Art. 48 Abs. 6–7 AEUV) .....	316
a) Verfahren nach Art. 48 Abs. 6 EUV .....	316
b) Passerelle-Klausel (Art. 48 Abs. 7 EUV) .....	317
3. Grenzen der Vertragsänderung? .....	317
II. Grenzen für Kompetenzübertragungen aus dem nationalen Verfassungsrecht .....	317
III. Verfahren der vertieften Integration unterhalb der Vertragsänderung .....	319
1. Eigenmittel der Union (Art. 311 AEUV) .....	319
2. Kompetenzergänzungsklausel (Art. 352 AEUV) .....	319
3. Weitere niedrigschwellige Ergänzungsverfahren .....	320
C. Klausurhinweise .....	320
<b>Kapitel 15. Rechtsetzung</b> .....	322
A. Bedeutung, Formen und Leitbilder der Rechtsetzung .....	322
I. Verhältnis von Legislative, Exekutive und Judikative .....	322
II. Rechtsetzungsakteure .....	323
1. Staatliche und supranationale Rechtsetzung .....	323
2. Private Rechtsetzung .....	324
3. Parlamentarische Gesetzgebung und Volksgesetzgebung ..	325
III. Ideale, Leitbilder und Rationalitätsansprüche an die Gesetzgebung .....	326
1. Kodifikationsideal .....	326
2. Formale, materielle und prozedurale Rationalitätsansprüche an die Gesetzgebung .....	327
3. Rechtsgrundlagen im deutschen Verfassungsrecht .....	328
a) Normative Grundlagen .....	328
b) Kritik .....	329
4. Rechtsgrundlagen im Europarecht .....	330

B. Verbandskompetenzen für die Gesetzgebung . . . . .	331
I. Strukturelle Parallelen und Unterschiede zwischen europäischem und deutschem Verfassungsrecht . . . . .	331
II. Grundsätze der supranationalen und innerstaatlichen Kompetenzverteilung . . . . .	332
1. Grundsätzlich umfassende Kompetenzen des Staates . . . . .	332
2. Aufteilung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern . . . . .	332
3. Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung für die Europäische Union . . . . .	334
III. Systematik und Anwendungsbereich der Kompetenzbestimmungen . . . . .	335
1. Systematik der verfassungsrechtlichen Normierungen . . . . .	335
a) Normierung der Gesetzgebungskompetenzen im Grundgesetz . . . . .	335
b) Normierung supranationaler Gesetzgebungskompetenzen im Europarecht . . . . .	336
2. Anwendungsbereich der Kompetenzregelungen . . . . .	337
IV. Kompetenzkategorien . . . . .	338
1. Ausschließliche Gesetzgebungskompetenzen . . . . .	338
2. Konkurrierende bzw. geteilte Gesetzgebungskompetenzen . . . . .	339
a) Konkurrierende Gesetzgebung im Grundgesetz . . . . .	339
b) Geteilte Zuständigkeiten im Unionsrecht . . . . .	340
3. Doppelzuständigkeiten . . . . .	340
a) Abweichungskompetenzen der Bundesländer . . . . .	340
b) Doppelzuständigkeiten von Europäischer Union und Mitgliedstaaten . . . . .	341
4. Unterstützungs-, Koordinierungs- und Ergänzungskompetenzen der Union . . . . .	342
5. Kompetenzergänzungsklausel, Kompetenzen kraft Sachzusammenhangs und kraft Natur der Sache . . . . .	342
a) Bundeskompetenzen kraft Sachzusammenhangs . . . . .	342
b) Bundeskompetenzen aus der Natur der Sache . . . . .	343
c) Kompetenzergänzungsklausel für die Europäische Union . . . . .	343
V. Kompetenzausübungsregeln . . . . .	344
1. Bedeutung von Kompetenzausübungsregeln . . . . .	344
2. Erforderlichkeitsklausel, Art. 72 Abs. 2 GG . . . . .	345
3. Subsidiaritätsprinzip als Kompetenzausübungsregel . . . . .	345
4. Verhältnismäßigkeitsprinzip als Kompetenzausübungsregel . . . . .	346
5. Steuerung der Auswahl zwischen Richtlinie und Verordnung durch das Verhältnismäßigkeitsprinzip . . . . .	347
VI. Prozedurale Absicherungen und Justitiabilität der Kompetenzregelungen . . . . .	348
1. Verhältnis prozeduraler und materiell-rechtlicher Sicherungsmechanismen . . . . .	348
2. Spezifische Begründungspflichten für Gesetzentwürfe der Europäischen Union . . . . .	350

3. Frühwarnmechanismus und Subsidiaritätsrüge	350
4. Verfassungsgerichtliche Kontrolle der Kompetenzbestimmungen	350
C. Gesetzgebungsorgane und Beteiligungsberechtigte	352
I. Verhältnis von Verbands- und Organkompetenzen	352
II. Recht der Gesetzesinitiative	353
1. Gesetzesinitiativrecht für die Bundesgesetzgebung	353
2. Gesetzesinitiativrecht für die Gesetzgebung der Europäischen Union	353
a) Initiativmonopol der Kommission als Regel	353
b) Initiativrechte anderer Akteure	354
c) Europäische Bürgerinitiative	354
III. Organkompetenzen für die Bundesgesetzgebung	355
1. Beschlusskompetenz des Bundestages	355
2. Zustimmung- und Einspruchsrechte des Bundesrats	355
IV. Organkompetenzen und Beteiligungsrechte für die Gesetzgebung der Europäischen Union	357
1. Parlament und Rat als grundsätzlich gleichberechtigte Gesetzgeber	357
2. Anhörungsrechte des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen	358
3. Beteiligung nationaler Parlamente: Zielsetzung aus Perspektive der Europäischen Union	359
4. Beteiligung von Bundestag und Bundesrat: Zielsetzung des deutschen Verfassungsrechts	360
D. Das Verfahren der parlamentarischen Gesetzgebung	361
I. Verfassungsrechtliche und soziologische Sicht auf das Gesetzgebungsverfahren	361
II. Lesungen und Ausschussberatungen von Gesetzentwürfen im Deutschen Bundestag	362
1. Lesungen und Ausschussberatungen im Deutschen Bundestag	362
2. Folgen von Geschäftsordnungsverstößen	363
III. Beratung von Gesetzentwürfen der Europäischen Union	364
1. Lesungen und Ausschussberatungen nach Art. 294 AEUV	364
2. Ergänzung der Lesungen durch den Trilog	364
a) Funktionsweise des Trilogs	364
b) Primärrechtliche Zulässigkeit und Problematik	365
c) Alternativen zum Trilog	366
3. Beteiligung des Bundestags an der Gesetzgebung der Europäischen Union	366
4. Beteiligung des Bundesrats an der Gesetzgebung der Europäischen Union (Art. 23 Abs. 4–6 GG)	368
IV. Vermittlungsverfahren	369
1. Vermittlungsverfahren nach Art. 77 Abs. 2 GG	369
2. Vermittlungsverfahren nach Art. 294 Abs. 10–14 AEUV	370
V. Gesetzesbeschluss, Ausfertigung, Verkündung und Inkrafttreten der Gesetze	370

1. Gesetzesbeschluss (Art. 77 Abs. 1 GG) und Zustandekommen des Gesetzes (Art. 78 GG) . . . . .	370
2. Prüfungsrecht des Bundespräsidenten vor Ausfertigung der Bundesgesetze . . . . .	370
3. Unterzeichnung und Veröffentlichung europäischer Gesetze	371
4. Inkrafttreten: äußere und innere Wirksamkeit . . . . .	371
E. Verfassungsrechtliche Vorgaben und Restriktionen exekutiver Rechtsetzung . . . . .	372
I. Zielsetzung und Legitimationsproblematik exekutiver Rechtsetzung . . . . .	372
II. Formen exekutiver Rechtsetzung . . . . .	373
1. Grundlagen . . . . .	373
2. Gesetzesakzessorisches Exekutivrecht: Rechtsverordnungen, delegiertes Recht, Durchführungsrecht . . . . .	375
3. Weitere Formen exekutiver Rechtsetzung . . . . .	376
III. Verfassungsrechtliche Anforderungen an gesetzesakzessorische Rechtsetzung durch die Exekutive . . . . .	377
1. Anforderungen aus Art. 80 GG an den Erlass von Rechtsverordnungen . . . . .	377
2. Anforderungen aus Art. 290 AEUV an den Erlass delegierten Rechts . . . . .	377
3. Anforderungen aus Art. 291 Abs. 2 AEUV an den Erlass von Durchführungsrecht . . . . .	378
F. Klausurhinweise . . . . .	379
I. Klausurrelevante Themen und Fragestellungen . . . . .	379
II. Aufbauhinweise . . . . .	380
1. Fälle zum Gesetzgebungsverfahren . . . . .	380
2. Fälle zur Überprüfung von Rechtsverordnungen . . . . .	380
III. Prüfschemata . . . . .	381
<b>Kapitel 16. Verwaltung</b> . . . . .	383
A. Verwaltungskompetenzen . . . . .	384
I. Kompetenzielle Grundentscheidungen . . . . .	384
II. Verwaltungskompetenzen im Verhältnis zwischen Europäischer Union und Mitgliedstaaten . . . . .	385
1. Rechtsgrundlagen . . . . .	385
2. Indirekter Vollzug des Unionsrechts: Grundentscheidung für ein dezentrales Vollzugssystem . . . . .	385
3. Vertikale Zentralisierung: Verbandskompetenzen der Europäischen Union für den direkten Vollzug des Unionsrechts . . . . .	388
4. Horizontale Zentralisierung: Verwaltungskompetenzen im Verhältnis zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union . . . . .	389
III. Verwaltungskompetenzen im Verhältnis von Bund und Ländern . . . . .	390
1. Rechtsgrundlagen . . . . .	390

2. Obligatorische Bundesverwaltung . . . . .	392
3. Fakultative Bundesverwaltung . . . . .	392
B. Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Verwaltungsorganisation . . .	393
I. Primärrechtliche Vorgaben für die Struktur der Verwaltung der Europäischen Union . . . . .	393
1. Die Kommission als Hauptverwaltungsorgan . . . . .	393
2. Primärrechtliche Grundlagen für die Errichtung Europäischer Agenturen . . . . .	393
3. Demokratische Legitimation des Organisationsmodells der Verwaltung der Europäischen Union . . . . .	394
II. Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Struktur der Bundesverwaltung . . . . .	395
1. Errichtungs- und Leitungskompetenz der Bundesregierung	395
2. Regelmäßige Beschränkung auf Bundesoberbehörden . . . .	396
C. Ingerenzrechte der Europäischen Union und des Bundes beim Auseinanderfallen von Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenzen . . . . .	397
I. Rechtfertigung von Ingerenzrechten gegenüber den Mitgliedstaaten bzw. Bundesländern . . . . .	397
II. Europarechtliche Vorgaben für den mitgliedstaatlichen Vollzug des Unionsrechts . . . . .	399
1. Grundsatz der institutionellen und verfahrensrechtlichen Autonomie der Mitgliedstaaten . . . . .	399
2. Effektivitätsgebot als Grenze der mitgliedstaatlichen Autonomie . . . . .	400
3. Durchführungsrecht als Instrument zur Steuerung des mitgliedstaatlichen Verwaltungsvollzugs . . . . .	400
III. Steuerungs- und Aufsichtsrechte des Bundes gegenüber den Landesverwaltungen . . . . .	401
1. Keine Vorgaben beim Vollzug von Landesgesetzen . . . . .	401
2. Ingerenzrechte bei Ausführung der Bundesgesetze als eigene Angelegenheit der Länder . . . . .	402
3. Ingerenzrechte bei Bundesauftragsverwaltung . . . . .	402
4. Ingerenzbefugnisse des Bundes beim Vollzug des Europarechts durch die Länder? . . . . .	403
D. Zulässigkeit und Grenzen ebenenübergreifender Verwaltungskooperation . . . . .	404
I. Strukturelle Parallelen und Unterschiede zwischen europäischem und deutschem Verfassungsrecht . . . . .	404
II. Primärrechtliche Grundlagen des europäischen Verwaltungsverbundes . . . . .	405
III. Gemeinschaftsaufgaben und Verwaltungszusammenarbeit von Bund und Ländern . . . . .	406
E. Klausurhinweise . . . . .	407
I. Klausurrelevante Themen und Fragestellungen . . . . .	407
II. Aufbauhinweise und eigenständige Entwicklung von Prüfchemata . . . . .	408

<b>Kapitel 17. Rechtsprechung</b> .....	410
A. Gerichtliche Kompetenzen .....	410
I. Das Rechtsprechungsmonopol .....	411
II. Justitiabilität hoheitlichen Handelns .....	411
1. Rechtsschutzgarantie und korrespondierende Kompetenzen	412
2. Kompetenztableau des Europäischen Gerichtshofs .....	412
III. Der „Rechtsprechungsverbund“ der Verfassungsgerichte .....	413
IV. Normverwerfungskompetenzen .....	414
1. Bundesverfassungsgericht .....	415
2. Europäischer Gerichtshof .....	416
B. Ausgewählte Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht .....	416
I. Grundschemata zum Verfassungsprozessrecht .....	416
II. Organstreitverfahren .....	418
1. Standort und Funktion .....	418
2. Prüfung in der Klausur .....	418
a) Parteifähigkeit (auch: Antragsberechtigung) von	
Antragsteller und Antragsgegner .....	418
b) Streitgegenstand .....	420
c) Antragsbefugnis .....	421
d) Passive Prozessführungsbefugnis .....	422
e) Rechtsschutzbedürfnis .....	422
f) Form und Frist .....	422
g) Begründetheit .....	422
III. Abstrakte Normenkontrolle .....	423
1. Standort und Funktion .....	423
2. Prüfung in der Klausur .....	424
a) Antragsberechtigung .....	424
b) Antragsgegenstand .....	424
c) Antragsbefugnis .....	425
d) Form und Frist .....	426
e) Verfahren .....	426
f) Prüfungsmaßstab und Begründetheit .....	426
IV. Konkrete Normenkontrolle .....	427
1. Standort und Funktion .....	427
2. Prüfung in der Klausur .....	428
a) Vorlageberechtigung .....	428
b) Vorlagegegenstand .....	428
c) Vorlagebefugnis .....	429
d) Form und Frist .....	431
e) Verfahrensfragen .....	431
f) Begründetheit .....	431
C. Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof .....	432
I. Nichtigkeitsklage .....	432
1. Standort und Funktion .....	432
2. Prüfung in der Klausur .....	433
a) Beklagte Unionsorgane .....	433
b) Anfechtbare Unionsakte/Klagegegenstand .....	433
c) Klagebefugnis .....	433

aa) Privilegierte Kläger (Art. 263 Abs. 2 AEUV) . . . . .	433
bb) Teilprivilegierte Kläger (Art. 263 Abs. 3 AEUV) . . . . .	434
cc) Nichtprivilegierte Kläger (Art. 263 Abs. 4 u. 5 AEUV) . . . . .	434
d) Klagegrund . . . . .	435
e) Klagefrist und ordnungsgemäße Klageerhebung . . . . .	435
f) Zuständigkeit von EuGH bzw. EuG . . . . .	435
II. Vorabentscheidungsverfahren . . . . .	436
1. Standort und Funktion . . . . .	436
2. Prüfung in der Klausur . . . . .	437
a) Vorlageberechtigung . . . . .	437
b) Vorlagegrund bzw. -gegenstand . . . . .	437
c) Entscheidungserheblichkeit . . . . .	438
d) Vorlagepflicht . . . . .	438
e) Ordnungsgemäße Vorlage . . . . .	439
3. Entscheidungsinhalt . . . . .	439
4. Der Europäische Gerichtshof als (deutscher) gesetzlicher Richter . . . . .	439
III. Vertragsverletzungsverfahren . . . . .	440
1. Standort und Funktion . . . . .	440
2. Prüfung in der Klausur . . . . .	440
a) Parteifähigkeit . . . . .	440
b) Klagegegenstand . . . . .	440
c) Durchführung eines Vorverfahrens . . . . .	441
aa) Aufsichtsklage (Art. 258 Abs. 1 AEUV) . . . . .	441
bb) Klage gegen einen anderen Mitgliedstaat (Art. 259 Abs. 2 AEUV) . . . . .	441
d) Klagebefugnis . . . . .	442
e) Klagefrist . . . . .	442
f) Ordnungsgemäße Klageerhebung . . . . .	442
g) Rechtsschutzinteresse . . . . .	442
h) Begründetheit . . . . .	442
D. Klausurhinweise und Prüfungsschemata zu den dargestellten Verfahrensarten . . . . .	443
I. (Bundes-)Organstreitverfahren (Art. 93 Abs. 1 Nr. 1 GG, §§ 13 Nr. 5, 23 Abs. 1, 63ff. BVerfGG) . . . . .	443
II. Abstrakte Normenkontrolle durch das Bundesverfassungsgericht (Art. 93 Abs. 1 Nr. 2 GG, §§ 13 Nr. 6, 23 Abs. 1, 76ff. BVerfGG) . . . . .	443
III. Konkrete Normenkontrolle durch das Bundesverfassungsgericht (Art. 100 Abs. 1 S. 1 2. Alt. GG, §§ 13 Nr. 11, 23 Abs. 1, 80ff. BVerfGG) . . . . .	444
IV. Nichtigkeitsklage nach Art. 263f. AEUV . . . . .	444
V. Vorabentscheidungsverfahren nach Art. 267 AEUV . . . . .	445
VI. Vertragsverletzungsverfahren nach Art. 258f. AEUV . . . . .	446
Sachverzeichnis . . . . .	447

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG